

# 1 Einleitung: Funktioniert die direkte Demokratie in der Schweiz?

Hans-Peter Schaub und Marc Bühlmann

## 1.1 Viel Kritik am Funktionieren der direkten Demokratie

Die direkte Demokratie stösst an ihre Grenzen: Die Menge und Komplexität der Vorlagen überfordert die Stimmberechtigten, Mehrheitsentscheide fördern Spaltung und Ausschluss statt Integration, und die aus dem vorletzten Jahrhundert stammenden Spielregeln behindern die Lösung dringlicher Probleme!

Solche und ähnliche Kassandrarufer ertönten in den letzten Jahren oft. Sie nehmen Bedenken und Sorgen um das Funktionieren der direkten Demokratie auf, die seit Jahrzehnten immer wieder zu hören sind. Und aktuelle Beobachtungen scheinen der Kritik besondere Dringlichkeit zu verleihen:

Hatten die Stimmberechtigten zwischen 1874 und 1970 durchschnittlich über 2,2 Vorlagen pro Jahr zu befinden, ist diese Zahl seither auf 8,5 Vorlagen pro Jahr gestiegen (Bühlmann 2018; Swissvotes 2021). Viele dieser Vorlagen sind heute zudem von erheblicher Komplexität. So umfasste das Abstimmungsbüchlein zu den fünf Vorlagen vom Juni 2021 über 140 Seiten; 40 davon wurden alleine durch die 87 Artikel des CO<sub>2</sub>-Gesetzes [644]<sup>1</sup> gefüllt, die mit vielen technischen Details gespickt waren. Ist eine seriöse Meinungsbildung so noch möglich? Oder wird die Stimmbürger:innenschaft zu einem leichten Opfer manipulativer Informationen, die sich durch Internet und soziale Medien heute ohnehin viel einfacher verbreiten lassen als früher?

Auch hinsichtlich der Gestaltung der Abstimmungsgagenda wird Manipulationspotenzial vermutet. So führten viele Medienkommentare die überraschende Ablehnung ebendieses CO<sub>2</sub>-Gesetzes darauf zurück, dass die gleichzeitig zur Abstimmung kommenden Trinkwasser- [641] und Pestizidinitiativen [642] die Landbevölkerung ungewohnt stark mobilisiert hätten, bei der das CO<sub>2</sub>-Gesetz auf unterdurchschnittliche Unterstützung stiess (Neuhaus 2021; Rigidinger 2021). Der Bundesrat könnte demnach die Erfolgsaussichten der Abstimmungsvorlagen beeinflussen, indem er sie gleichzeitig mit der einen oder aber der anderen Vorlage an die Urne bringt. Und wie spielen da die oft gleichzeitig stattfindenden kantonalen und kommunalen Urnengänge hinein – sind auch sie mitentscheidend dafür, wer an die Urne geht, und/oder werden sie ihrerseits von

---

1 Die in diesem Sammelband erwähnten Abstimmungsvorlagen werden mit ihren offiziellen Nummern in eckigen Klammern versehen. Dies ermöglicht es den Leser:innen, via [swissvotes.ch](https://swissvotes.ch) rasch mehr über die Vorlage zu erfahren. Die Eingabe von [swissvotes.ch/vote/\[NUMMER\]](https://swissvotes.ch/vote/[NUMMER]) in den Browser führt zu den zahlreichen von Swissvotes zur Verfügung gestellten Daten, Analysen und Originaldokumenten.

der Mobilisierung durch die eidgenössischen Abstimmungsthemen verfälscht (Selb 2008)?

Welche Anliegen überhaupt irgendwann an die Urne kommen, hängt davon ab, wer die nötigen Unterschriften dafür zu sammeln vermag. Die ursprünglich «als Oppositionsinstrument der Bürger gegen die Elite geschaffen» (Caroni & Vatter 2016, 190) direktdemokratischen Institutionen werden heute oft von grossen Parteien und politisch gut verankerten, organisations- und ressourcenstarken Akteur:innen eingesetzt, gerne auch als Wahlkampfvehikel (Rühli & Adler 2015; Linder & Müller 2017, 323). Weil Minderheitenanliegen es gar nicht in die direktdemokratische Arena schafften oder von den grossen Akteur:innen übertönt würden, forderte etwa die ehemalige Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz im Jahr 2014, dass die Volksinitiative nur noch Interessenorganisationen und Nichtregierungsparteien vorbehalten sein sollte (Bühlmann 2021).

Unbehagen weckt auch der Umstand, dass die Abstimmungsdemokratie nicht nur ein Barometer für Spaltungen in der Gesellschaft ist, sondern mit ihren Ja-/Nein-Entscheiden geradezu darauf angelegt ist, solche Spaltungen und Differenzen immer wieder zu aktualisieren und zu provozieren (Linder et al. 2008). Die notorische Suche nach Stadt-Land-, Sprach- oder Generationengraben gehört heute zu den Ritualen jedes Schweizer Abstimmungsnachmittags. Und auch schon in den Abstimmungskämpfen bilden sich in der Regel zwei scharf getrennte Lager, die mit möglichst drastischer Kommunikation versuchen, ihre jeweiligen Anhänger:innenschaften zu mobilisieren – und das in einer als zunehmend polarisiert empfundenen Politiklandschaft.

In einer vernetzten Welt, in der nicht nur Informationen, sondern auch Viren, Waffen und andere Bedrohungen immer rascher ausgetauscht werden, stellt auch die geforderte Entscheidungsgeschwindigkeit die Demokratie vor Herausforderungen. Die Politik hat in der Schweiz gerade wegen der direkten Demokratie gelernt, Entscheide mit ausgeklügelten, langwierigen Vorverfahren breit abzustützen, damit sie im Fall einer Volksabstimmung dann auch an der Urne Bestand haben (Neidhart 1970; Trechsel & Sciarini 1998). Ein Misserfolg an der Urne wiederum wird oft als Auftrag verstanden, offene Probleme nach kürzerer oder längerer Wartezeit mit neuen Lösungsvorschlägen wieder aufzugreifen (was etwa bei der Mutterschaftsversicherung sechs Jahrzehnte gebraucht hat [139, 323, 349, 458, 513], bei der jüngsten Reform der Unternehmenssteuern hingegen nur zwei Jahre [611, 627]). Doch was, wenn ein Problem schnell gelöst werden muss? Ein Beispiel für dieses Dilemma liefert die Corona-Pandemie, deren Verlauf immer wieder rasche Entscheide erforderte. Dank dem Epidemienengesetz wäre dies zwar eigentlich möglich, allerdings wurden Ende 2021 zahlreiche Vorwürfe an den Bundesrat laut, er zögere Entscheide über Massnahmen vor allem deshalb heraus, weil er die Bürger:innen vor der anstehenden Abstimmung zur Änderung des Covid-Gesetzes [650] nicht zu vergraulen wage – was in Anbetracht der rasch steigenden Ansteckungszahlen mitunter auch als fahrlässig bezeichnet wurde (Zanni & Blumer 2021). Auch in anderen Politikbereichen wie

etwa dem Klimaschutz machen viele sich Sorgen, ob die verschlungenen, dornigen Pfade der direkten Demokratie innert nützlicher Frist zum Ziel führen. Doch selbst wenn die Behörden Wege finden, ihr Tempo zu erhöhen: Was geschieht mit der direkten Demokratie und der Gesellschaft, wenn immer rascher entschieden werden soll, ohne Zeit für den demokratischen Dialog zu haben? Vermindert das nicht wiederum die Integrationsfähigkeit der direkten Demokratie und die Meinungsbildungsqualität der Stimmberechtigten? Erhöht die direkte Demokratie in einem solchen Szenario nicht zusätzlich die Gefahr, dass die Schweiz «definitiv zur Republik von Wutbürgern verkomm[t]» (Parma 2016, 48)?

Es gibt also zumindest anekdotische Evidenz, die die Sorgen und Bedenken um die direkte Demokratie nährt. Doch inwiefern halten diese auch einer wissenschaftlich-analytischen Betrachtung stand, wenn die langjährigen Erfahrungen der Schweiz mit Volksabstimmungen systematisch ausgewertet werden? Diese Frage steht im Zentrum des vorliegenden Sammelbands, der mit der Präsentation neuer Erkenntnisse aus der Abstimmungsforschung einen empirisch fundierten Blick auf das Funktionieren der direkten Demokratie in der Schweiz ermöglicht. Die insgesamt neun Beiträge zeigen auf, dass die diskutierten Behauptungen nicht völlig an der direktdemokratischen Realität vorbeizielern, diese aber wesentlich komplexer ist und manches dafür spricht, dass die Institutionen der direkten Demokratie nach wie vor viel Vertrauen schaffen, hohes Integrationspotenzial aufweisen und eine nachhaltige Lösung von Problemen begünstigen.

## 1.2 Drei übergeordnete Fragen und neun Beiträge

Die einleitend aufgeworfenen Problemstellungen lassen sich drei grossen Fragen zuordnen, die in der wissenschaftlichen wie auch der politischen Diskussion um die direkte Demokratie seit Langem eine prägende Rolle spielen: den Fragen zur Manipulierbarkeit, zur Integrationskraft und zur Problemlösungsfähigkeit der direkten Demokratie.

*Manipulierbarkeit:* Sind die direktdemokratischen Institutionen anfällig für Missbrauch? Begünstigen sie eine einseitige Einflussnahme mächtiger und ressourcenstarker Akteur:innen? Oder funktionieren sie blind gegenüber Themen, Kontext und Urheber:innen und sind darum ein vertrauenswürdiges Vehikel für politischen Dialog und für wohlinformierte, breit abgestützte Entscheide? Entfalten Abstimmungen eher manipulative oder aufklärende Wirkung?

In der bisherigen Forschung wird teilweise vermutet, dass sich die Nutzung der Volksinitiative von einem Minderheiteninstrument hin zu einem reinen Wahlkampfvehikel wandle (Lutz 2011). Dieses werde nur noch von Parteien benutzt, die damit ihre Kernthemen propagierten (kritisch: Caroni & Vatter 2016). Allerdings gibt es auch Befunde, die verneinen, dass die «Parteien die heimlichen Regenten der direkten Demokratie» seien (Milic et al. 2014, 333; Trechsel 2002).

Ambivalent sind die Forschungsbefunde auch hinsichtlich der Kompetenz der Stimmbürger:innen: Je nachdem, wie hoch die Latte angelegt und woran Kompetenz gemessen wird, erscheinen die Stimmberechtigten als ziemlich ignorant (Gruner & Hertig 1983) oder ziemlich kompetent (Bütschi 1993), als gut informiert (Marquis 2002) oder mit geringem Bewusstsein für die Problemstellungen (Kriesi 2005). Eine wichtige Rolle scheinen dabei die jeweilige Vorlage und die Intensität der Kampagne im Vorfeld einer Abstimmung zu spielen.

*Integrationskraft:* Wie steht es um die Integrationskraft direktdemokratischer Institutionen? Haben Abstimmungen eher einen spaltenden oder einen einenden Effekt auf die Gesellschaft?

Die meisten Forschungsbeiträge, die sich mit Konfliktlinien in der Schweiz beschäftigen (z.B. Nef 1980; Linder et al. 2008; Bolliger 2007; Seitz 2014), kommen zum Schluss, dass Gräben zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen bei Abstimmungen immer wieder aufbrechen – sei es der Konfessions-, der Sprach- oder der Stadt-Land-Graben. Wie stark spaltend diese bereits in den Kampagnen ausgehobenen Gräben wirken und wie rasch sie wieder zugeschüttet werden, scheint aber nicht nur vom jeweiligen Thema abzuhängen, sondern auch davon, wie stark sie «von den politischen Eliten bewirtschaftet und mitgeprägt werden» (Bolliger 2015, 370). Verschiedene Studien zeigen zudem, dass direkte Demokratie bisweilen minderheitenfeindlich sein kann (Gamble 1997; Marxer 2012; Vatter 2011). Andererseits ermöglicht es die direkte Demokratie Minderheiten, ihre Interessen zu artikulieren und sich mit ihren Anliegen einzubringen (Kirchgässner 2010; Stojanović 2021, 66–67). Während in der ersten Sichtweise die direkte Demokratie Konflikte verschärft oder gar neue schafft, kann sie in der zweiten Sichtweise dazu beitragen, diese zu reduzieren oder gar zu lösen, weil sie die politischen Eliten zu Kompromissen zwingt, die für die meisten politischen Akteur:innen – einschliesslich (mächtiger) Minderheiten – akzeptabel sind (Fleiner & Basta Fleiner 2009; Linder & Müller 2017). Inwieweit der «institutionalisierte Zwang zum Dialog» (Bühlmann 2022), den die direkte Demokratie ausübt, langfristig befriedende und integrierende Wirkung entfaltet, war bisher vor allem Gegenstand politphilosophischer Überlegungen (Cheval & El Wakil 2018; Landemore 2018; für einen neueren empirischen Ansatz vgl. Stojanović 2021).

*Problemlösungsfähigkeit:* Behindert die direkte Demokratie die Lösung wichtiger Probleme, oder bietet sie im Gegenteil geeignete Instrumente, um die heutigen Herausforderungen anzugehen? Braucht es dafür Anpassungen der aus dem vorletzten Jahrhundert stammenden Spielregeln?

Die wissenschaftlichen Diskussionen um negative Effekte der direkten Demokratie drehen und drehen sich stets auch um den Vorwurf, dass sie Innovationen und Reformen bremse und den Status Quo bevorzugen. Während diese Kritik in den 1990er Jahren vor allem von ökonomischer Seite stammte (z.B. Borner et al. 1990, 1994; Wittmann 2001), wird heute öfter angeprangert, dass die direkte Demokratie kurzfristig orientiert sei und deshalb als Hindernis

für die Lösung langfristiger gesellschaftlicher und ökologischer Probleme wirke (Carattini et al. 2018; van Reybrouck 2016). Häufig wird dabei auch eine Erhöhung der Hürden für die Nutzung direktdemokratischer Instrumente gefordert – insbesondere dann, wenn eine «Initiativenflut» das System zu überfordern scheint (Bühlmann 2015; Rühli & Adler 2015). Allerdings werden die als überwiegend positiv betrachteten «wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirkungen der Volksrechte» auch ins Feld geführt, um die direkte Demokratie im Gegenteil noch weiter auszubauen (Vatter 2014, 386).

Die neun Beiträge im vorliegenden Sammelband liefern neue Analysen und Anstösse zur Diskussion um diese drei grossen Fragestellungen. Ihre jeweilige Stossrichtung wird nachfolgend entlang der drei leitenden Fragestellungen kurz präsentiert.

### 1.2.1 Direkte Demokratie zwischen Manipulierbarkeit und Vertrauenswürdigkeit

*Philippe Rochat, Thomas Milic und Nadja Braun Binder* gehen in ihrem Beitrag von der Idee aus, dass die Volksinitiative als Instrument ursprünglich geschaffen wurde, um Gruppen von ausserhalb des Parlaments die Möglichkeit zu geben, Themen auf die politische Agenda zu setzen. Doch wer hat das Initiativrecht seit dem 19. Jahrhundert tatsächlich genutzt? Dient es heute noch seinem ursprünglich beabsichtigten Zweck als Oppositionsinstrument gegen die Parlamentsmehrheit, oder wird es lediglich von den Parlamentsmitgliedern selbst, grossen Parteien und mächtigen Organisationen genutzt, die sich eigentlich auch über andere Kanäle Gehör verschaffen könnten? Können wir also darauf vertrauen, dass das Instrument der Volksinitiative so funktioniert wie ursprünglich geplant, oder wirkt dieses vielmehr dysfunktional, weil es keine Möglichkeiten zum Einbezug von Minderheiten zu schaffen vermag, sondern nur ressourcenstarke, ohnehin gut integrierte Akteur:innen weiter stärkt?

Auch *Hans-Peter Schaub und Karin Frick* untersuchen in ihrem Beitrag, ob eine für die direkte Demokratie zentrale Institution tatsächlich den Zweck erfüllt, der ihr zugeordnet ist: Ist die Unterschriftensammlung eine vertrauenswürdige Prüfgrösse dafür, ob eine Initiative oder ein Referendum genügend relevant ist, um den Stimmberechtigten vorgelegt zu werden? Der Beitrag untersucht die Unterschriftenzahlen aller Initiativen und fakultativen Referenden seit dem 19. Jahrhundert und setzt sie mit deren politischer Relevanz in Beziehung. Im Hintergrund des Beitrags steht ähnlich wie bei *Philippe Rochat, Thomas Milic und Nadja Braun Binder* die Frage, wovon eine erfolgreiche Unterschriftensammlung abhängt – vom Inhalt und dem politischen Gewicht des Anliegens oder doch vielmehr von den Ressourcen der Urheber:innen, die dahinterstehen?

*Martina Flick Witzig und Adrian Vatter* fragen in ihrem Beitrag, wie die einmal bestimmte Abstimmungsagenda die Stimmberechtigten zu einer Teilnahme mobilisiert: Gibt es bestimmte Politikbereiche, die generell für eine höhere Stimmbeteiligung sorgen als andere? Wenn ja, könnte das Ergebnis einer

Abstimmung auch davon abhängen, mit welchen anderen Vorlagen sie gleichzeitig an die Urne kommt – und würde also von Zufälligkeiten oder sogar vom Willen des Bundesrats beeinflusst, da dieser bestimmt, welche Vorlagen zusammen zur Abstimmung gelangen. Spill-over-Effekte bei der Mobilisierung sind aber nicht nur zwischen Vorlagen des Bundes denkbar, sondern auch über die Staatsebenen hinweg. Der Beitrag analysiert deshalb auch den Einfluss der Themen auf die Stimmbeteiligung bei Gemeindeabstimmungen.

Auch *Thomas Milic* untersucht, welche Auswirkungen das vom Bundesrat zusammengestellte Abstimmungsmenü hat – und zwar auf die Meinungsbildung der Stimmberechtigten: Leidet die Qualität der Entscheidungsfindung darunter, wenn die Stimmberechtigten über zu viele Abstimmungsvorlagen gleichzeitig entscheiden sollen? Oder können wir auch bei vollgepackten Urnengängen darauf vertrauen, dass die Abstimmenden sich seriös mit jeder einzelnen Vorlage auseinandersetzen?

*Wolf Linder* betont in seinem Thesenbeitrag ebenfalls, dass die Phase vor der Abstimmung – die Phase des Informationsaustauschs und des politischen Diskurses – zentral sei für die direkte Demokratie. Doch welche Rolle spielt diesbezüglich die Digitalisierung? Ermöglicht sie eine breitere, verlässlichere Basis an Informationen und Diskursteilnehmenden? Oder macht sie die direkte Demokratie verletzlich gegenüber Manipulationsversuchen wie Fake News, Hassrede und Wahlfälschung sowie unseriösen, unüberlegten Stimmentscheiden per Mausclick?

## 1.2.2 Direkte Demokratie zwischen Integrationskraft und Spaltpotenzial

Vertieft die direkte Demokratie gesellschaftliche Gräben, macht sie diese bloss sichtbar oder hilft sie sogar, sie zu überbrücken? Diese Frage ist leitend für den Beitrag von *Sean Mueller und Anja Heidelberger*, die sich an die Vermessung des berühmt-berüchtigten Röstigrabens zwischen französisch- und deutschsprachiger Schweiz machen. Ihre dialektische Auseinandersetzung mit dem Phänomen zeigt, dass es ebenso erstaunen muss, wenn sich der Röstigraben trotz 170 Jahren gemeinsamem Bundestaat immer wieder auftut, wie auch, wenn trotz aller sprachlich-kulturellen Unterschiede oftmals keine Differenzen im Abstimmungsverhalten der Landesteile zu beobachten sind. Vor allem aber löst sich der Beitrag von jeder pauschalisierenden Betrachtung und untersucht das Phänomen empirisch differenziert: Hat sich der Röstigraben über die Zeit verändert? Weichen bestimmte Gemeinden in ihrem Abstimmungsverhalten besonders stark von der anderen Sprachregion ab? Und kann sogar der Graben selbst verbindend wirken?

Auch beim Beitrag von *Julien Jaquet und Pascal Sciarini* steht das regional unterschiedliche Abstimmungsverhalten im Zentrum: Gibt es Kantone, die so abstimmen wie die Durchschnittsschweizer:innen und somit in der Regel auf der Seite der landesweiten Sieger:innen stehen? Welche Kantone werden umgekehrt am häufigsten überstimmt? So viel sei hier vorweggenommen: Die bei-

den Autoren zeigen, dass der «typischste» Kanton der Schweizer Abstimmungsdemokratie in den letzten Jahrzehnten nicht der gern zitierte Kanton Aargau war. Doch worauf lassen sich die unterschiedlichen Erfolgsquoten der Kantone zurückführen: Sind es die politischen Präferenzen ihrer Bewohner:innen oder ist es etwa die Grösse der Kantone – gibt es also die oft beklagte Spaltung zwischen grossen und kleinen Kantonen?

Wolf Linder setzt sich mit den ambivalenten Folgen der Digitalisierung auseinander. Insbesondere diskutiert er, was die Digitalisierung für das Dilemma zwischen dem integrierenden und dem spaltenden Potenzial der direkten Demokratie bedeutet: Kann der Austausch zwischen Bürger:innen unterschiedlichster Herkunft, der dank digitaler Kanäle möglich wird, verbindend wirken? Oder vertieft die Digitalisierung Spaltungen, weil sie einen ausgrenzenden Diskurs fördert und ihre Möglichkeiten vor allem den ohnehin privilegierten Gesellschaftsschichten zugutekommen?

Die Integration weniger privilegierter Interessen durch die direktdemokratischen Instrumente wird auch in den Beiträgen von Hans-Peter Schaub und Karin Frick sowie von Philippe Rochat, Thomas Milic und Nadja Braun Binder untersucht: Vermögen das Initiativ- und das Referendumsrecht dafür zu sorgen, dass auch Gruppierungen ohne grosse Ressourcen ihre Anliegen in die politische Arena tragen können, solange es sich um populäre Anliegen handelt? Oder kommen die Volksrechte faktisch nur den ohnehin Mächtigen zugute und vertiefen somit vielmehr die Kluft zu den Aussenseiter:innen? Der Beitrag von Anja Heidelberger und Marlène Gerber behandelt ebenfalls die Frage, ob die direkte Demokratie für strukturelle Minderheiten<sup>2</sup> wie die Frauen eher als Segen oder – auch noch über das lange verweigerte Stimmrecht hinaus – als Fluch zu betrachten ist.

### 1.2.3 Direkte Demokratie zwischen Problemlösungsfähigkeit und Blockadegefahr

Wenn die direkte Demokratie zahlreiche Interessen(gruppen) berücksichtigt, um Mehrheiten zu schaffen, mag das ihrer Integrationskraft zuträglich sein – doch es hat auch seinen Preis: Verhandlungen, Überzeugungsarbeit und die Suche nach tragfähigen Kompromissen brauchen oft Umwege und viel Zeit. Isabelle Stadelmann-Steffen und Sophie Ruprecht untersuchen, was dies in Politikbereichen wie dem Klimaschutz bedeutet, in denen auch aufgrund internationaler Vereinbarungen dringlicher Handlungsbedarf besteht und rein individuelle Interessenabwägungen der einzelnen Bürger:innen meist das Nichtstun begünstigen: Sind Reformen unter solch ungünstigen Bedingungen in der direkten Demokra-

---

2 Als strukturelle Minderheiten werden Gruppen von Menschen bezeichnet, deren Schlechterstellung und Diskriminierung im Vergleich zu privilegierten Gruppen mit der gesellschaftlichen Organisation, Konventionen, Gebräuchen, Traditionen oder gewachsenen Normen erklärt und als vermeintlich «normal» begründet wird (vgl. Rieder 2009).

tie überhaupt möglich, und was für Eigenschaften hatten erfolgreiche Umweltvorlagen in den letzten Jahrzehnten?

Der besonderen Ambivalenz der direkten Demokratie zwischen Problemlösungsmotor und Reformhürde gehen *Anja Heidelberger und Marlène Gerber* nach: Sie zeigen, dass Initiativen nicht immer als Innovationstreiber wirken und Referenden nicht immer als Blockademittel. Am Beispiel der Schweizer Frauen- und Gleichstellungspolitik seit den 1970er Jahren führt der Beitrag aus, wie vielfältig die direkten und indirekten, bremsenden und dynamisierenden Effekte sind, die die direktdemokratischen Instrumente auf Reformen entfalten.

### 1.3 Struktur des Buchs

Die neun Beiträge des Buchs decken den gesamten Zyklus direktdemokratischer Entscheidungsprozesse ab, von der Lancierung von Volksinitiativen und Referenden bis zur Entscheidung in der Volksabstimmung. Die Reihenfolge der Beiträge richtet sich danach, welche Phasen des politischen Prozesses sie ins Zentrum stellen:

*Philippe Rochat, Thomas Milic und Nadja Braun Binder* fokussieren mit der Bildung und Zusammensetzung der Initiativkomitees auf den ersten Schritt zur Lancierung eines neuen Anliegens. *Hans-Peter Schaub und Karin Frick* nehmen mit der Unterschriftensammlung den nächsten Schritt in den Blick.

Die Phase des Abstimmungskampfs, der öffentlichen Debatte und der individuellen Meinungsbildung steht im Vordergrund der Beiträge von *Wolf Linder* und von *Thomas Milic*. Auch *Martina Flick Witzig und Adrian Vatter* betrachten die Zeit vor der eigentlichen Abstimmung, nämlich die Mobilisierung und den Einfluss der Abstimmungsthemen darauf.

Das – regional bisweilen deutlich unterschiedliche – Abstimmungsverhalten an der Urne steht dann in den Beiträgen von *Sean Mueller und Anja Heidelberger* sowie von *Julien Jaquet und Pascal Sciarini* im Fokus.

*Isabelle Stadelmann-Steffen und Sophie Ruprecht* sowie *Anja Heidelberger und Marlène Gerber* schliesslich fragen (auch) nach den Auswirkungen direktdemokratischer Entscheide: Können sie die Lösung politischer Probleme beschleunigen, und unter welchen Umständen verzögern sie diese?

Die Synthese von *Marc Bühlmann und Hans-Peter Schaub* gibt schliesslich einen Überblick über wichtige Befunde der Beiträge aus der Perspektive der drei leitenden Fragestellungen.



## 1.4 Literatur

- Bolliger, Christian. 2007. *Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003*. Bern: Haupt.
- Bolliger, Christian. 2015. Book Review zu Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz. *Swiss Political Science Review* 21(2): 367–370.
- Borner, Silvio, Aymo Brunetti & Thomas Straubhaar. 1990. *Schweiz AG: Vom Sonderfall zum Sanierungsfall?* Zürich: NZZ.
- Borner, Silvio, Aymo Brunetti & Thomas Straubhaar. 1994. *Die Schweiz im Alleingang*. Zürich: NZZ.
- Bühlmann, Marc. 2015. Reformbedarf in der direkten Demokratie? Elitistische Einsprüche, partizipatorische Ansprüche und prozedurale Gelassenheit. *LeGes* 2015(3): 571–583.
- Bühlmann, Marc. 2018. Elite gegen Basis. Das spannungsreiche Verhältnis zwischen Parlament und Stimmbürgerschaft. In Adrian Vatter (Hrsg.), *Macht und Ohnmacht des Parlaments* (S. 131–164). Zürich: NZZ
- Bühlmann, Marc. 2021. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Erhöhung der Hürden für das Einreichen von Volksinitiativen (Po. 13.4155), 2014–2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss) (07.12.2021).
- Bühlmann, Marc. 2022. Institutionalisierte Zwang zum Dialog – Alternative Betrachtungen zum Funktionieren der direkten Demokratie in der Schweiz. In Alexandra Hauenstein & Juliane Schröter. *Politisches Argumentieren in der Schweiz*. Hamburg: Buske (i.E.).
- Bütschi, Danielle. 1993. *Compétence pratique*. In Hanspeter Kriesi (Hrsg.), *Citoyenneté et démocratie directe* (S. 99–119). Zürich: Seismo.
- Carattini, Stefano, Maria Carvalho & Sam Fankhauser. 2018. *Overcoming Public Resistance to Carbon Taxes*. Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change e531.
- Caroni, Flavia & Adrian Vatter. 2016. Vom Ventil zum Wahlkampfinstrument? Eine empirische Analyse zum Funktionswandel der Volksinitiative. *LeGes* 27(2): 189–210.
- Cheneval, Francis & Alice El-Wakil. 2018. Do Referendums Enhance or Threaten Democracy? *Swiss Political Science Review* 24(3): 291–293.
- Fleiner, Thomas & Lidija Basta Fleiner. 2009. *Constitutional Democracy in a Multicultural and Globalised World*. Heidelberg: Springer.
- Gamble, Barbara. 1997. Putting Civil Rights to a Popular Vote. *American Journal of Political Science* 41(1): 245–269.
- Gruner, Erich & Hans Peter Hertig. 1983. *Der Stimmbürger und die «neue» Politik*. Bern: Haupt.

- Kirchgässner, Gebhard. 2010. Direkte Demokratie und Menschenrechte. In Lars P. Feld, Peter M. Huber, Otmar Jung, Christian Welzel & Fabian Wittreck (Hrsg.), *Jahrbuch für direkte Demokratie 2009* (S. 123–145). Baden-Baden: Nomos.
- Kriesi, Hans Peter. 2005. *Direct Democratic Choice. The Swiss Experience*. Lanham: Lexington.
- Landemore, Hélène. 2018. Referendums Are Never Merely Referendums: On the Need to Make Popular Vote Processes More Deliberative. *Swiss Political Science Review* 24(3): 320–327.
- Linder, Wolf & Sean Mueller. 2017. *Schweizerische Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Linder, Wolf, Regula Zürcher & Christian Bolliger. 2008. *Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz: Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874*. Baden: hier+jetzt.
- Lutz, Georg. 2011. Geringer Reformbedarf trotz Funktionswandel der Volksinitiative. *LeGes* (H3): 371–380.
- Marquis, Lionel. 2002. *Emotions et raisons des choix populaires. Politique étrangère et opinion publique suisse*. Genf: Universität Genf.
- Marxer, Wilfried. 2012. *Direct Democracy and Minorities*. Wiesbaden: Springer.
- Milic, Thomas, Bianca Rousselot & Adrian Vatter. 2014. *Handbuch der Abstimmungsforschung*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Nef, Rudolf. 1980. Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten. Zur interregionalen Variation von politischen Präferenzen in der Schweiz 1950–1977. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 6(2): 155–190.
- Neidhart, Leonhard. 1970. *Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums*. Bern: Franke.
- Neuhaus, Christina. 10.07.2021. Einfamilienhaus, Auto und Bauern – woran das CO2-Gesetz gescheitert ist. *NZZ.ch*, <https://www.nzz.ch/schweiz/co2-gesetz-woran-es-wirklich-gescheitert-ist-ld.1634676> (07.01.2022).
- Parma, Viktor. 2016. Kritik an der demokratischen Praxis in der Schweiz. In Daniel Brühlmeier & Philippe Mastronardi (Hrsg.), *Demokratie in der Krise. Analysen, Prozesse und Perspektiven* (S. 43–48). Zürich: Chronos Verlag.
- Rieder, Andreas. 2009. Strukturelle Diskriminierung – ein Überblick. *Tangram. Bulletin der EKR* 24: 31–35.
- Rigendinger, Balz. 13.06.2021. Volk lehnt CO2-Gesetz mit 51,6% ab. *swissinfo.ch*, <https://www.swissinfo.ch/ger/co2-gesetz-resultat/46698004> (30.12.2021).
- Rühli, Lukas & Tibère Adler. 2015. *Die Volksinitiative. Durch Fokussierung zu mehr Demokratie*. Zürich: Avenir Suisse.

- Seitz, Werner. 2014. *Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz: Eine Darstellung anhand der eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsergebnisse von 1848 bis 2012*. Zürich/Chur: Rüegger.
- Selb, Peter. 2008. Supersized Votes: Ballot Length, Uncertainty, and Choice in Direct Legislation Elections. *Public Choice* 135: 319–336.
- Stojanović, Nenad. 2021. *Multilingual Democracy. Switzerland and Beyond*. London: ECPR Press.
- Swissvotes. 2021. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen: Datensatz*. Année Politique Suisse, Universität Bern. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch) (30.12.2021).
- Trechsel, Alexander H. 2002. Volksabstimmungen. In Ulrich Klöti, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder & Yannis Papadopoulos (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik* (S. 557–588). Zürich: NZZ Libro.
- Trechsel, Alexander H. & Pascal Sciarini. 1998. Direct Democracy in Switzerland: Do Elites Matter? *European Journal of Political Research* 33(1): 99–124.
- Van Reybrouck, David. 2016. *Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist*. Göttingen: Wallstein.
- Vatter, Adrian. 2011. *Vom Schächt- zum Minarettverbot*. Zürich: NZZ Libro.
- Vatter, Adrian. 2014. *Das politische System der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos.
- Wittmann, Walter. 2001. *Direkte Demokratie. Bremsklotz der Revitalisierung*. Frauenfeld: Huber.
- Zanni, Bettina & Claudia Blumer. 19.12.2021. Zögert Bundesrat mit der Booster-Impfung wegen der Covid-Abstimmung? *20minuten*, <https://www.20min.ch/story/bundesrat-will-sich-maximalen-support-sichern-430311381044> (07.01.2022).